

Analyse

Kapitalistische Grundlagen

Politiker legitimieren sozialstaatlichen Wandel gerne mit rhetorischer List und fadenscheinigen Argumenten, die so lange wiederholt werden, bis die Öffentlichkeit die vermeintliche Alternativlosigkeit als Notwendigkeit akzeptiert. Für eine gelingende sozialarbeiterische Praxis ist es daher unabdingbar, einen Einblick in die Grundlagen und Widersprüche unserer kapitalistischen Produktions- und Lebenslandschaft zu erhalten. *von Timo Heidl (29.06.2015)*

Wo liegen die Motivations- und Steuerungsmechanismen, denen sozialstaatlicher Wandel aus ökonomischer, soziokultureller und politischer Sicht zugrunde liegen? Worin besteht die Legitimation dieser Umstrukturierungen und welche Kräfte tragen zu einem solchen Transformationsprozess bei? Was sind die Ursachen wiederkehrender Wirtschaftskrisen und wie sehen politische und sozialstaatliche Bewältigungsstrategien aus?

1. Der Kapitalismus

Der Kapitalismus ist gekennzeichnet durch das Privateigentum an Produktionsmitteln, durch unternehmerische Gewinnorientierung und Profitmaximierung sowie durch Lohnarbeit, Warentausch und Konkurrenz. Die Konkurrenzsituation ergibt sich sowohl unter den Lohnarbeitern, als auch unter den Besitzern der Produktionsmittel.[1] Kapitalistische Gesellschaftsformen sind grundsätzlich durch den Akkumulationsprozess des Kapitals geprägt: Durch die Investition des Kapitals in den Markt, wird ein Mehrwert generiert, um dadurch das Kapital zu vergrößern.[2] Der kapitalistische Produktionsprozess durchläuft dabei unterschiedliche Entwicklungsstufen und Phasen, die noch erläutert werden. In dieser Privatproduktion ist die menschliche Arbeitskraft zur Ware geworden. Die Klasse der Lohnarbeiter, welche über keine eigenen Produktionsmittel ver-

---

[1] vgl. Hirsch 2005: S. 20f.
[2] vgl. Ebli 2003: S. 34.

fügt, muss zur Existenzsicherung ihre Arbeitskraft an die Klasse der Kapitalisten verkaufen. Die Klasse der Kapitalisten, als Eigentümer der Produktionsmittel, ist entsprechend Käufer der Ware Arbeitskraft. Die Kapitalisten kaufen die Arbeitskraft nur, weil sich damit ein Mehrwert produzieren lässt, denn die durch menschliche Arbeitskraft produzierten Waren erzeugen einen höheren Wert, als der Kapitalist für die Reproduktion der Arbeitskraft, etwa in Form von Lohn, aufbringen muss.[3]

Zugleich wird der Kapitalist Eigentümer der durch die Lohnarbeiter produzierten Waren, während der Lohnarbeiter lediglich einen Anspruch auf einen Arbeitslohn erhält. Durch den gezahlten Arbeitslohn scheint es, als würde der Lohnarbeiter nicht für seine Arbeitskraft, sondern für seine Arbeitsleistung (beispielsweise die tägliche Arbeitszeit von 08:00 – 17:00 Uhr) bezahlt werden. Der generierte Mehrwert in Form des Profits, welcher erst durch die menschliche Arbeitskraft entsteht, scheint dann nicht durch die Mehrarbeit der Lohnarbeiter, sondern durch das Kapital selbst hervorgebracht zu werden.[4]

1.1 Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate

Jeder kapitalistische Produktionsprozess ist durch innere Widersprüche geprägt, welche eine kapitalistische Gesellschaft krisenanfällig machen.[5] Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen, möchte ich flüchtig *das Kapital* von Karl Marx betrachten. Dessen Gesetz *über den tendenziellen Falls der Profitrate* verdeutlicht, warum kapitalistische Gesellschaften durch Phasen von Stabilität und Krisen geprägt sind. Demnach besitzt eine kapitalistische Wirtschaft eine Tendenz zur Verringerung der Profitrate im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Dafür sind bestimmte Voraussetzungen notwendig. Wie erwähnt, besteht das Ziel kapitalistischer Produktion in der Steigerung des Mehrwerts, sowie in der Profitmaximierung. Dies geschieht beispielsweise durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, bei der einstige menschliche Tätigkeiten auf Maschinen übertragen werden. Während die menschliche Arbeitskraft dadurch abnimmt, verringert sich auch das variable Kapital (Lohn), derweil das konstante Kapital (Maschinenpark) steigt. Die neueren Verfahren mit mehr Maschineneinsatz, sowie die daraus resultierende Stei-

[3] vgl. Hirsch 2005: S. 20f.
[4] vgl. Berger 2004: S. 95ff.
[5] vgl. Ebli 2003: S. 34.

gerung der technischen Zusammensetzung des Kapitals, sind laut Karl Marx kostspieliger als die Ersetzten.[6]

„Die im Eingang hypothetisch aufgestellte Reihe drückt also die wirkliche // 222 // Tendenz der kapitalistischen Produktion aus. Diese erzeugt mit der fortschreitenden relativen Abnahme des variablen Kapitals gegen das konstante eine steigende höhere organische Zusammensetzung des Gesamtkapitals, deren unmittelbaren Folge ist, dass die Rate des Mehrwerts bei gleichbleibendem und selbst bei steigendem Exploitationsgrad der Arbeit sich in einer beständig sinkenden allgemeinen Profitrate ausdrückt.“[7]

Um den höheren und im Voraus getätigten Kapitaleinsatz einzuspielen, bedarf es einer Produktionssteigerung, die wiederum einen höheren Produktabsatz auf dem Markt erfordert. Hier steht der Kapitalist vor der Herausforderung, diesen höheren Produktabsatz auch zu bewerkstelligen. Da kapitalistische Unternehmen ihre Profitmaximierung in Eigenverantwortung und unabhängig voneinander planen, besteht die Gefahr, dass sich die im neuen Produktionsprozess entstandene Produktionssteigerung auf dem Markt nicht vollständig absetzen lässt. Erinnern wir uns! Kapitalisten sind stetig um eine Kostensenkung bemüht, die meist mit der Verminderung des Umfangs bezahlter Arbeit einhergeht. Dabei übersehen sie, dass dadurch auch die unbezahlte Mehrarbeit der Lohnarbeiter, welche den Mehrwert erst generiert, ebenfalls reduziert wird. Karl Marx behauptet hier, dass gerade der letzte Punkt nicht unmittelbar den einzelnen Kapitalisten trifft, sondern sich wegen des tendenziellen Ausgleichs der Profitraten allgemein auswirkt und in der Kalkulation nicht berücksichtigt wird. Diesem Gesetz liegt die Annahme zugrunde, dass Mehrwert nur aus Lohnarbeit entstehen kann, indem die Lohnarbeiter länger arbeiten und in der Konsequenz mehr Produkte herstellen, als der Kapitalist für die Reproduktion der Arbeitskraft (durch Lohn) benötigt. Mit dem Anstieg des Maschinenanteils, als Folge der sich ausweitenden Automatisierung, muss auch der Anteil der ausbeutbaren Lohnarbeit schrumpfen und damit deren Profitrate.[8]

„Obwohl das variable Kapital, d.h. die Aufwendungen für Löhne durch Rationalisierungsmaßnahmen abnimmt, wächst das konstante Kapital durch die gleichen Rationali-

[6] vgl. Berger 2004: S. 179f.
[7] Marx, MEW 25, S. 223; zit. nach Berger 2004: S. 179.
[8] vgl. Ruoff 2002: S. 82f.

sierungsmaßnahmen an. Weil der Anteil der lebendigen Arbeit bei konsequentem Einsatz von Maschinen in der Produktion sinkt, diese lebendige Arbeit aber ausschließlich den Mehrwert generiert, fallen also Mehrwert und Profitrate. Der Mehrwert muss absolut betrachtet sinken, weil die Mehrarbeit mit der Abnahme der lebendigen Arbeit ebenfalls verringert wird. Die Profitrate nimmt zusätzlich ab, da der Mehraufwand an konstantem Kapital für den erweiternden Maschinenpark gewinnmindernd ist.“[9]

Ich möchte anmerken, dass dieses Gesetz kontrovers diskutiert wird und Theorien entwickelt wurden, die Karl Marx widersprechen. Ein Hauptproblem scheint der nationalstaatliche Bezugsrahmen bei den Profitraten zu sein, welcher den Weltmarkt nicht berücksichtigt.[10] Da ich aber noch die kapitalistische Phase des Fordismus sowie dessen Krise thematisiere, welche sich im nationalstaatlichen Bezugsrahmen manifestierte, erachte ich diese kurze Skizzierung als eine mögliche Erklärung wiederkehrender Wirtschaftskrisen als sinnvoll.

1.2 Die Regulationstheorie

Wir erinnern uns! Unternehmen produzieren isoliert voneinander und treten erst auf dem Markt miteinander in Berührung. Die Jagd nach dem höchstmöglichen Profit kann nur im schärfsten Konkurrenzkampf für das einzelne Unternehmen zielführend sein. Schwächere Unternehmen verlieren diesen Kampf durch Konkurs oder durch Übernahme seitens stärkerer Unternehmen, was zwangsläufig zu einer Konzentrierung und Zentralisierung der Produktion innerhalb einzelner Wirtschaftszweige führt. Hier entspringt die anwachsende Existenzunsicherheit der Arbeiterklasse, die geprägt durch Arbeitslosigkeit, für wiederkehrende Wirtschaftskrisen und Klassenkämpfe verantwortlich ist. Dennoch ist der Kapitalismus auch durch Phasen von Stabilität und Aufschwung gekennzeichnet. Es scheint bestimmte Kräfte zu geben, die den Kapitalismus trotz dessen innerer Widersprüche, zumindest für eine gewisse Dauer, stabilisieren. Mit der Regulationstheorie werde ich jene Voraussetzungen und Prozesse umreißen, die bei einer kapitalistisch geprägten Gesellschaftsordnung auf längere Zeit zu einer Stabilität beitragen können.

---

[9] Ruoff 2002: 82f.
[10] vgl. Berger 2004: S. 180f.

Dennoch muss der Kapitalismus in seiner Entfesselung sozial reguliert werden, um dessen negativen Auswirkungen abzufedern. Allgemein betrachtet hat diese Regulation das Ziel, Interessensgegensätze sozialer Klassen so auszuformen, dass neben einem gesellschaftlichen Konsens auch eine Vereinbarkeit sozialer Handlungen mit den jeweiligen Rahmenbedingungen der Kapitalverwertung entsteht. Institutionen wie Familie oder die Ehe zwecks Sicherstellung der Arbeitskräftereproduktion, Bildungseinrichtungen, Normen, Werte, Traditionen, aber auch Medien und Politik sind hier als Akteure zu nennen. Wichtig sind die drei Grundbegriffe: **Akkumulationsregime**, **Regulationsweise** und **Hegemoniale Struktur**.

Das **Akkumulationsregime** beinhaltet die Organisation von Produktion (beispielsweise die industrielle Massenproduktion im Fordismus, gefolgt von der Mikrotechnik im gegenwärtigen Postfordismus) und der Kapitalflüsse inklusive Art und Form der Entlohnung.

Die **Regulationsweise** beinhaltet die Muster staatlicher Herrschaft (Wohlfahrtsstaat im Fordismus, gefolgt von individueller Aktivierung im Postfordismus), allgemeingültige Denkformen, Institutionen oder die Formen des Massenkonsums.

Die **Hegemoniale Struktur** stellt sich als Verbindung zwischen **Akkumulationsregime** und **Regulationsweise** dar und beinhaltet die Form der Kapitalverwertung sowie die Art ihrer politischen Sicherung.

Ein bestimmtes **Akkumulationsregime** bringt **nicht** automatisch eine bestimmte **Regulationsweise** hervor. Dies ist **immer** das Ergebnis sozialer Handlungen und Auseinandersetzungen und geschieht durch das Ausformen unterschiedlicher Interessen der jeweiligen Akteure.

Auf der Interaktionsebene finden sich der Staat und die Zivilgesellschaft zusammen, deren Akteure durch unterschiedliche Zugangs- und Aktionsmöglichkeiten in Form von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen oder Bürgerinitiativen, sowie durch Interessensgegensätze und Konfliktpotential geprägt sind.

Die Regulation kann aufgrund der inneren Widersprüche des Kapitalismus Voraussetzungen für die Stabilität einer jeweiligen Gesellschaftsform schaffen, diese Stabilität

aber nicht garantieren. Dies geschieht erst, wenn sich Akkumulations- und Regulationsweise zu einem legitimierenden gesellschaftlichen Konsens verbinden und sich daraufhin eine allgemeingültige Vorstellung von Ordnung als sogenannte **hegemoniale Struktur** herauskristallisiert.

Angesichts der dem Kapitalismus innewohnenden Notwendigkeit zur Profitmaximierung unterliegt das **Akkumulationsregime** beständig Veränderungen hinsichtlich neuer Produktionstechnologien, sowie der Re-Organisierung von Arbeitsabläufen. Die jeweilige **Regulationsweise** kann sich hingegen nur bedingt und vor allem mit zeitlicher Verzögerung anpassen, so dass ab einem bestimmten Punkt ein Zusammenstoß unvermeidlich ist, was unweigerlich in die Krise führt.[11]

Die kapitalistische Phase des Fordismus bietet ein gutes Beispiel für solch einen Zusammenstoß.

1.3 Der Fordismus

Der Fordismus entwickelte sich als Form industrieller Warenproduktion bereits nach dem 1. Weltkrieg und zeichnete sich seit dem Ende des 2. Weltkriegs bis in die siebziger Jahre als bestimmende und stabile Triebkraft kapitalistischer Produktion aus. Das damalige Akkumulationsregime stützte sich auf standardisierte Massenproduktion und -konsumtion von Konsumgütern mit Hilfe hochspezialisierter, monofunktionaler Maschinen, sowie der Fließbandfertigung. Arbeitsabläufe bedienten sich dem hierarchischen Prinzip, während die Produktion in möglichst kleine Teile zerlegt wurde, um diese auf die effektivste Art ausführen zu können. Als Basis diente ein stetiges Wirtschaftswachstum hinsichtlich Profitmaximierung und Massenkonsum, während letzterer durch stetige Lohnsteigerungen getragen wurde. Als positiver Nebeneffekt erhöhte dies automatisch das staatliche Steueraufkommen, wodurch sich neue Verteilungsspielräume für die Sozialpolitik ergaben.

Da der Kapitalismus aus sich selbst heraus nicht im Stande ist die sozialen Grundlagen seiner Funktionsfähigkeit zu erzeugen, benötigte es eine entsprechende Regulation, die hier erstmals dem Staat in besonderer Weise oblag. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik

---

[11] vgl. Ebli 2003: S. 34ff.

arbeitete noch primär im nationalstaatlichen Kontext und verschrieb sich dem Anspruch soziale Ungleichheiten mittels einer Politik der Umverteilung zu entschärfen. Als Regulationsweise kristallisierten sich vor allem auf dem Gebiet der Arbeitskräftereproduktion neue Normen und Verhaltensmuster in punkto Erziehung, Familie und Sozialisation heraus. Das sogenannte Normalarbeiterverhältnis, bei dem der männliche, sozialversicherte Arbeitnehmer kontinuierlich für einen Arbeitgeber in Vollzeit arbeitet, während die Ehefrau für die unbezahlte Hausarbeit und Erziehung verantwortlich ist, kann als für diese Epoche typische Regulationsweise verstanden werden. Zur dauerhaften Gewährleistung optimaler Verwertungsbedingungen des Kapitals diente der Ausbau des Sozialstaates, denn dessen erweiterten Formen sozialstaatlicher Leistungen garantierte mitunter die Reproduktion der Arbeitskraft.

Ebenso oblagen infrastrukturelle Maßnahmen in den Disziplinen Wohnungsbau, Verkehr und Gesundheitsweisen staatlicher Verantwortung, was wiederum stetige Impulse für das Wirtschaftswachstum generierte und somit Voraussetzungen für Lohnsteigerungen, sowie für den Ausbau von Sozialleistungen waren.[12]

„Der dem fordistischen Regulationsmodus zugrunde liegende „Normalismus“ (Jürgen Link) fand seinen sichtbarsten Ausdruck in einem expertokratischen Paternalismus korrigierender und disziplinierender (sozial-) staatlicher Reaktionen auf Abweichungen von den institutionalisierten Normalitätserwartungen. Von einem sozialtechnokratischen Machbarkeits- und Fortschrittsoptimismus getragen, ließ sich die keynesianische Wirtschafts- und Sozialpolitik von der Vorstellung leiten, die dem Kapitalismus inhärente Krisendynamik endgültig überwunden oder zumindest in einem Maße gebändigt zu haben, dass sich die eklatantesten Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit (Armut, Arbeitslosigkeit etc.) verflüchtigten und die Lösung der „sozialen Frage“ allenfalls noch als eine Frage der Zeit galt.“[13]

1.4 Die Krise des Fordismus

Die Krisendynamik des Kapitalismus schien überwunden, vergessen wurde jedoch, dass dieser Einklang nur durch ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum aufrechterhalten werden konnte, gleichwohl blieb das Klassenverhältnis zwischen Lohnarbeiter und Ka-

---

[12] vgl. Anhorn 2005: S. 12ff.
[13] Anhorn 2005: 14.

pitalisten erhalten. Vermögensverteilung, Macht- und Herrschaftsverhältnisse blieben unberührt, da die Umverteilung des Sozialstaates nicht zwischen den beiden Klassen stattfand, sondern nur innerhalb der Klasse der Lohnarbeiter.

Indes entwickelte das fordistische Akkumulationsregime in den 70er Jahre eine neue Wirtschaftsdynamik mit einer zunehmenden Internationalisierung der Finanz-, Waren- und Dienstleistungsmärkte, sowie der Arbeitsteilung. Die Vorgaben der bisherigen sozialstaatlichen Regulationsweise konnten sich in ihrem nationalstaatlichen Bezugsrahmen nur bedingt an die neuen Erfordernisse des globalisierten Wettbewerbs anpassen, so dass sich die Kapitalverwertung nachdrücklich verschlechterte. Der Sozialstaat mit seinen steigenden Belastungen durch Sozialausgaben, aber auch die Errungenschaften im Arbeits- und Tarifrecht, erschienen fortan nicht mehr als Stabilitätsgebilde, sondern als Kosten- und Hemmfaktoren, die für den Rückgang unternehmerischer Investitionsbereitschaft verantwortlich gemacht wurden.

Die Krise kann und darf aber nicht nur ökonomisch erklärt werden, vielmehr müssen auch soziokulturelle und politische Veränderungen als potentielle Verstärker betrachtet werden. Frauen- und Umweltbewegungen und somit neue in sich viel heterogenere Interessensgruppen kritisierten die zerstörerischen Auswirkungen kapitalistischer Massenproduktion, sowie die sozialstaatlich fokussierten Normen betreffend männlicher Lohnarbeit und weiblicher Familienarbeit.[14]

„Durch die zunächst aufgrund des Arbeitskräftemangels politisch forcierte Anwerbung von billigen Arbeitskräften und im Weiteren die durch politische und ökonomische Krisen und Konflikte ausgelösten weltweiten Migrationsbewegungen, wurde auch die Bundesrepublik faktisch zu einem Einwanderungsland, mit dem Ergebnis einer ethnisch-kulturellen und rechtlich-politischen Heterogenisierung, die den nationalstaatlichen Zuschnitt sozialstaatlicher Integrations- und Befriedungspolitik sprengte.“[15]

1.5 Der Postfordismus

Die skizzierten ökonomischen, soziokulturellen und politischen Begebenheiten zeichneten sich in ihrer kollektiven Wirkungsweise für den darauffolgenden gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozess verantwortlich. Demgegenüber

[14] vgl. Anhorn 2005: S. 14f.
[15] Anhorn 2005: 15f.

gilt es noch einmal in Erinnerung zu rufen, dass ein bestimmtes Akkumulationsregime nicht automatisch eine bestimmte Regulationsweise hervorbringt. Diese Gegebenheit ist wichtig um zu verstehen, dass aktuelle großflächige soziale Probleme, wie prekäre Lebenslagen (durch ALG II), steigende Alters- und Kinderarmut, Arbeitslosigkeit und auch die Ökonomisierung Sozialer Arbeit keiner natürlichen Logik folgen, sondern in einer **willentlich herbeigeführten Regulationsweise** gründen.

Ökonomisch betrachtet charakterisiert sich die anknüpfende postfordistische Transformation des Fordismus durch eine Deregulierung und Liberalisierung der Waren-, Dienstleistungs- und Finanzmärkte, was zu einer zunehmenden Internationalisierung der Kapitalflüsse und zu verschärften Konkurrenzverhältnissen, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene führte. Für den Arbeitsmarkt hatte dies die weitreichende Konsequenz in punkto des Abbaus von Arbeitnehmerrechten, sowie einer daraus resultierenden Heterogenisierung der Erwerbstätigen selbst, die sich als dreifache Spaltung des Arbeitsmarktes beschreiben lässt. Dabei befand sich ein Teil der Arbeitnehmer weiterhin in relativ stabilen Beschäftigungsverhältnissen, gefolgt von zunehmend prekären und ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen im neuen Niedriglohnsektor, sowie zu guter Letzt, ein vom Arbeitsmarkt ausgeschlossener Teil an Überflüssigen.[16]

In meiner nächsten Analyse **über die Demontage unseres Sozialstaates**, werde ich die politische List beleuchten, die zum nachhaltigen Abbau unserer sozialen Sicherung beitrug und erörtere erste Folgen für die Soziale Arbeit.

[16] vgl. Anhorn 2005: S. 16.

Literaturverzeichnis

Anhorn, Roland; Bettinger, Frank (Hrsg.) (2005): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit. 1. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11 – 41.

Berger, Michael (2004): Karl Marx: „Das Kapital“. 2. Aufl. München: Wilhelm Fink Verlag.

Ebli, Hans (2003): Pädagogisierung, Entpolitisierung und Verwaltung eines gesellschaftlichen Problems? Die Institutionalisierung des Arbeitsfeldes „Schuldnerberatung“. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 33 – 38.

Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie. Transformation des kapitalistischen Staatensystems. Hamburg: VSA-Verlag, S. 15 – 44.

Ruoff, Michael (2002): Schnee von morgen: Das Neue in der Technik. Würzburg: Verlag Königshausen und Neumann GmbH, S. 80-83.